



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schießl-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Nicole Birnbeck

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1144  
Fax 08122/58-1109  
nicole.birnbeck@lra-  
ed.de

Erding, 24.02.2014  
Az.:

### **38. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 04.02.2014**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Attenhauser, Peter

Becker, Manfred

Bitzer, Valentin

Heilmeier, Georg

Kuhn, Günther

Schlehuber, Anton

Schwimmer, Hans

Steinberger, Friedrich

Trinkberger, Helmut

Vogl, Willi

Ways, Rudolf

Wiesmaier, Hans

i.V.v. Kreisrat Hofstetter

#### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin Landrat

#### **von der Verwaltung:**

Fuchs-Weber Karin

Birnbeck Nicole (Protokoll)

Centner Christina

Fischer Heinz

Huber Matthias – Leitung FB 12 – zu TOP 1 bis 5

Helmut Helfer – Leitung Z 2



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### **Ferner nehmen teil:**

Herr Reiser – Architektenbüro Reiser – zu TOP 1  
Herr Schertler - Architektenbüro Reiser – zu TOP 1  
Herr Mohácsi – Vorstand Klinikum Landkreis Erding – zu TOP 2  
Frau Freidhöfer – Schulleitung Klinikum Landkreis Erding – zu TOP 2  
Herr Burkhardt .- zu TOP 3  
Herr Petzold – Fa. Sehlhoff – zu TOP 4  
Herr Kinze – Fa. Süsse & Kinze – zu TOP 4

---

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 14:05 Uhr. Er stellt fest, dass mit Einladung vom 24.01.2014 form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Herr KR Hofstetter wird von Herrn KR Becker vertreten.

Er begrüßt die Vertreter der Presse (Erdinger Anzeiger und Erdinger Süddeutsche).

Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Somit gilt folgende

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Liegenschaften des Landkreises;  
Landratsamt Erding - Brandschutzsanierung - Vorstellung Brandschutznachweis  
Vorlage: 2014/1465
2. Schulen des Landkreises;  
Gesundheitsakademie, ÖPP, Freigabe Raumprogramm  
Vorlage: 2014/1474
3. Schulen des Landkreises;  
Anne-Frank-Gymnasium Erding;  
Umgestaltung des Biologiebereiches  
Vorlage: 2014/1473
4. Schulen des Landkreises;  
Katharina-Fischer-Schule Erding;  
Umbau und Erweiterung - Einsparpotentiale  
Vorlage: 2014/1471
5. Bekanntgaben und Anfragen



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**I. Öffentlicher Teil der 38. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 04.02.2014**

**1. Liegenschaften des Landkreises;  
Landratsamt Erding - Brandschutzsanierung - Vorstellung  
Brandschutznachweis  
Vorlage: 2014/1465**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass hierzu die Architekten des Büros Reiser – die Herren Reiser und Schertler – eingeladen wurden. Er bittet um kurze Berichterstattung.

**Herr Reiser** stellt mithilfe einer Präsentation zunächst die allgemeine Situation dar. Seine Firma sei beauftragt worden, das für das LRA notwendige Brandschutzkonzept zu entwickeln. Hierfür wurde eine umfangreiche Bestandsaufnahme durchgeführt. Hinsichtlich der Fluchtwegsituation bestehe erheblicher Handlungsbedarf. Ziel der Konzeptentwicklung war neben dem wirtschaftlichen Aspekt vorrangig der Brand- und Personenschutz. Zu diesem Zweck wurde das gesamte LRA in sog. Teilnutzungsflächen aufgeteilt. Hier läge der Vorteil im Wegfall sämtlicher Flure.

Ein zweiter, sehr wichtiger Aspekt sei die Herstellung eines zweiten Rettungsweges. Die Personenbelegung des LRA sei im Gegensatz zu früher erstellten Konzepten gestiegen. Eine Anleiterung würde sich seiner Ansicht nach schwierig gestalten. Die Kosten für das erstellte Konzept belaufen sich auf ca. 1,35 Mio. €.

Er bittet seinen Kollegen, Herrn Schertler, um Erläuterung der einzelnen Positionen.

**Herr Schertler** berichtet, das Fehlen eines zweiten Rettungsweges im Bereich LRA/Krankenhausstraße/Dachgeschoss. Sollte hier das bestehende Treppenhaus als Fluchtweg ausfallen, dann wäre das Stockwerk von der Außenwelt gänzlich abgeschnitten. Die dort anwesenden Personen (pro Geschoss ca. 33, insgesamt 114 Personen) könnten durch die Feuerwehr evtl. nicht rechtzeitig gerettet werden.

Die vorhandene Flächenabweichung soll durch eine Brandmeldeanlage kompensiert werden.

Ein weiteres Problem stellen seiner Auffassung nach, die Geschosse I (29 Personen – ohne Besucher) und II (14 Personen – ohne Besucher) dar (Anbau). Diese müssten laut Gesetzesvorgabe jeweils mit zwei Rettungswegen ausgestattet sein. Seine Firma würde eine zusätzliche Treppe im Anbau empfehlen. Die dort anwesenden Personen müssten sich im Brandfall auf die Feuerwehr verlassen, da kein Fluchweg gegeben sei.



**Der Vorsitzende** stellt fest, dass sich im I. Obergeschoss die Personalstelle und die Kreiskämmerei befinde. Es fänden dort sicherlich Vorstellungsgespräche statt, was die Personenzahl dann auf 30 max. 31 Personen erhöhe. Die Kreiskämmerei bekomme seines Wissens keine Besuche – zumindest nicht ständig.

Im II. Obergeschoss befinde sich das Büro Landrat und die Rechnungsprüfung/Controlling. Hier steige die Personenzahl auf max. 15 – 18 Personen, falls er in seiner Funktion als Landrat Besucher empfangen.

**Herr Schertler** erwidert, dass diese Teilnutzungseinheiten nach den Buchstaben des Gesetzes über die beiden notwendigen Rettungswege verfügen. Er könne in diesem speziellen Fall nur die bereits erwähnte Empfehlung aussprechen.

**Der Vorsitzende** meint, der Buchstabe des Gesetzes wird auch ohne weitere Treppe erfüllbar sein.

**Kreisrat Vogl** betont, dass es sich bei dem Brandschutzkonzept in erster Linie um den Personenschutz und nicht um evtl. Empfehlungen handeln sollte. Mit diesen könne er auch nichts anfangen. Er sei der Meinung, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden sollten.

Er wünsche sich ein Brandschutzkonzept, das sich ausschließlich auf den Personenschutz stützt.

**Herr Reiser** betont, dass der Personenschutz bei seiner Konzeptentwicklung absolut vorrangig gewesen sei. Deshalb wurde auch der zweite Fluchtweg empfohlen.

Die Brandmeldeanlage gewährleiste eine schnelle Information der zu rettenden Personen.

Die gesetzlichen Vorgaben seien auf jeden Fall erfüllt. Sollten im Brandfall beide baulichen Rettungswege versperrt sein, herrsche eine Sondersituation vor.

Für Herrn **Kreisrat Vogl** liegen in diesem Fall zwei Maßnahmen vor, die den optimalen Personenschutz gewährleisten:

- eine flächendeckende Brandmeldeanlage + flächendeckende Alarmierung
- Treppenhaus Altbau / Nordausrichtung.

**Kreisrat Steinberger** unterstützt die Aussage des Kreisbrandrates Vogl. Er sei der Überzeugung, dass sich das Gremium mit den ausgesprochenen Empfehlungen in einem Bereich bewege, der sich unter Umständen endlos gestalten könne. Bei Installation einer flächendeckenden Alarmierung mit vernetzten Funk- und Rauchmeldern, sei die Sicherheit der MitarbeiterInnen des LRA gewährleistet.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Die Überprüfung des Brandschutzes basierte auf Wunsch des LRA-Personals, nicht aufgrund einer Notsituation. Die Ertüchtigung des Brandschutzes sei überschaubar und auch vernünftig. Die Gefahr, dass letzten Endes ein Neubau des LRA-Gebäudes günstiger wäre, sei zu groß.

**Kreisrat Vogl** fragt nach, ob die erwähnte Unversperrbarkeit der Türen von der Nutzung her auch abgestimmt worden sei.

**Herr Schertler** antwortet, dass das situationsbedingt sei.

**Herr Huber** teilt mit, dass sämtliche Türen im Bereich Liegenschaften (DG) im Normalfall auch unverschlossen seien. Dort seien aber auch keine wichtigen Unterlagen (z.B. Personalakten) vorhanden.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, den Brandschutznachweis entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu ergänzen. Das Büro Reiser wird gebeten, das vorgestellte Konzept dahingehend zu überarbeiten.

In diesem Jahr soll die BMA auf jeden Fall noch errichtet werden. Im nächsten Jahr sollen entsprechend der bereitgestellten HH-Mittel weitere Maßnahmen umgesetzt werden.

Für Herrn **Kreisrat Wiesmaier** sei entscheidend, dass der Landkreis den gesetzlichen Vorgaben in Bezug auf den Brandschutz im LRA Rechnung trage.

Deshalb möchte er sich auch nicht die nächsten Jahre an irgendeine Investition binden.

Es sei ein deutsches Problem, dass bei Vorhandensein von finanziellen Mitteln Investitionen über die Vorgaben hinaus getätigt werden.

**Herr Reiser** weist darauf hin, dass das Brandschutzkonzept nochmals gegengeprüft werde. Eine zusätzliche Treppe sei lt. Gesetz nicht erforderlich.

**Der Vorsitzende** verliest folgenden **Beschlussvorschlag**:

#### **BauEn/0171-14**

1. Der vorgestellte Brandschutznachweis ist entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu überarbeiten.
2. In diesem Jahr soll die Brandmeldeanlage (BMA) noch errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



**2. Schulen des Landkreises;  
Gesundheitsakademie, ÖPP, Freigabe Raumprogramm  
Vorlage: 2014/1474**

**LANDKREIS  
ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** begrüßt den Vorstand des Klinikums Landkreis Erding, Herrn Sandor Mohácsi sowie die Schulleiterin der Krankenpflege- und Krankenpflegehilfeschule, Frau Freidhöfer. Hintergrund für die Gesundheitsakademie war nicht nur die Errichtung der beiden erwähnten Schulen, sondern auch die Unterbringung der Altenpflegeschule. Diese befindet sich noch in der Trägerschaft der Rot-Kreuz-Schwesternschaft München, so dass hier Abstimmungsgespräche notwendig waren. In diesen Gesprächen wurde vereinbart, dass eine Hauptnutzfläche in der Größenordnung von ca. 500 qm für die Altenpflegeschule eingeplant werden soll. Die technische Regelung sei noch nicht bekannt, da es sich bei der Altenpflegeschule um eine eigenständige Schule (eigenständige Trägerschaft) handele. Die Ermittlung der Quadratmeter wurde mit Frau Generaloberin Dürr abgestimmt. Unser Raumprogramm betreffend wären 1.415 qm förderfähig - bei einer genehmigten Hauptnutzfläche von 1.895 qm. Der Bereich für die Altenpflegeschule ist in dem derzeitigen Modell nicht förderfähig, d.h., die Errichtung muss ohne Fördermittel erfolgen. Dies würde sich sicherlich aber auf den Mietpreis der Rot-Kreuz-Schwesternschaft auswirken.

Das Raumprogramm des Klinikums Erding vom 12.08.2013 wurde am 15.10.2013 vom Landratsamt Erding bei der ROB zur Prüfung und Erteilung der schulaufsichtlichen Genehmigung eingereicht.

Das aktuelle Raumprogramm beinhaltet den Flächenbedarf

- für die Krankenpflege sowie die Krankenpflegehilfe mit einem Gesamtraumbedarf i.H.v. 1.895,00 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche sowie
- für die Altenpflegehilfe mit einem Raumbedarf von ca. 500 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche.

Die schulaufsichtliche Genehmigung wurde am 10.12.2013 erteilt.

Die mit der Genehmigung festgelegten förderfähigen Flächen betragen

- für die Krankenpflege sowie die Krankenpflegehilfe: 1.345 m<sup>2</sup> + 70 m<sup>2</sup> = 1.415 m<sup>2</sup>

Das Raumprogramm für die Altenpflege ist nicht Gegenstand der schulaufsichtlichen Genehmigung, da die Altenpflege in privater Trägerschaft geführt wird.

Der o.a. Flächenbedarf bezieht sich ausschließlich auf förderfähige Flächen gem. Auflistung in der schulaufsichtlichen Genehmigung.

Der Flächenbedarf für z.B. Sanitärräume, Garderobenflächen, technische Funktionsflächen und auch Verkehrsflächen ist in der Auflistung der förderfähigen Flächen nicht enthalten (im Folgenden: sonstige Flächen), so dass die tatsächlich zu bauenden Quadratmeter höher sein werden. Gem. Rücksprache mit der ROB sind in den Förderkosten die Kostenansätze für die o.g. sonstigen Flächen jedoch berücksichtigt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Nach Abstimmung mit dem Träger der Altenpflegeschule liegen die benötigten Quadratmeter für Hauptnutzflächen vermutlich bei max. 500 m<sup>2</sup>.

Bei Übernahme der Trägerschaft durch das Klinikum Erding oder den Landkreis könnten die Flächen durch Synergieeffekte reduziert werden. Bei Einführung der Generalistik können diese auf ca. 250 m<sup>2</sup> ggf. nochmals reduziert werden.

Die Flächenangaben beinhalten die o.g. sonstigen Flächen nicht.

**Herr Mohácsi** berichtet, dass über ein Jahr lang seitens des Klinikums versucht wurde, mit der Regierung von Oberbayern (Schulaufsichtsbehörde) das 1-Raum-Programm abzustimmen. Das Procedere ging über mehrere Runden, wobei die benötigte Fläche diverse Male reduziert wurde.

Wichtig sei ihm nicht nur die Errichtung der neuen Schulen, sondern auch die innerbetriebliche Fort- und Weiterbildung (z.B. Betreuungshelferkurs) der Mitarbeiter. Deshalb sei auch die flexible Nutzung der Räume vorrangig.

**Frau Freidhöfer** ergänzt, dass die Fort- und Weiterbildungen für den gesamten Landkreis angeboten werden sollen. Das habe den Vorteil, dass keine Schulen in München angefahren werden müssten (Wegezeit der MA). Die Vernetzung zwischen Klinikum und der Einrichtung der Altenhilfe sei sehr wichtig.

**Kreisrat Ways** stellt fest, dass die Durchführung der Maßnahme „Gesundheitsakademie“ mithilfe des ÖPP-Modells durch das Gremium mehrheitlich beschlossen wurde. Ihn interessiert, ob die Meinungsbildung schon so weit gediegen sei, in welcher Art das Modell nun zum Tragen komme.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass die Art der Finanzierung bisher noch nicht festgelegt worden sei. Allerdings seien im HH-Plan/Investitionsplan die Summen entsprechend reduziert worden. Er gehe schon davon aus, dass die Akademie mit einer Finanzierungskombination umgesetzt werden soll.

Herrn **Kreisrat Wiesmaier** interessiert, warum nicht die gesamten 1.895 qm gefördert werden.

**Der Vorsitzende** antwortet, es gäbe gewisse Fördertatbestände, die die Förderung der beantragten Räume festlege. Auch bei anderen Bauten treten diese in Kraft.

Er bittet Frau Freidhöfer um kurze Erläuterung, ob der Schulbetrieb mit dem genehmigten Raumprogramm gewährleistet sei.

**Frau Freidhöfer** berichtet, dass bereits jetzt schon 3 Wahlfächer (bei derzeit 6 Klassen) angeboten werden – Lernen lernen, Deutsch – Kommunikation, Fachenglisch. Es werde also mind. ein Raum mehr benötigt, um die individuelle Förderung zu gewährleisten.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt **Herr Huber**, dass von den 8 beantragten Klassenzimmern lediglich 6 gefördert werden. Dies läge u.a. auch daran, dass der Landkreis derzeit noch nicht über so viele Schülerinnen verfüge.

**Herr Mohácsi** möchte zur Entwicklung noch kurz erläutern, dass anfangs mit der ROB über eine Quadratmeterzahl von 2.700 verhandelt wurde. Diese seien dann auf 2.200 und schließlich auf 1.895 reduziert worden; die letztgenannte qm-Zahl sei aber auch zur Realisierung des Schulbetriebes in der geplanten Form notwendig.

**Kreisrat Wiesmaier** möchte wissen, welche Fördermittel letztendlich zu erwarten seien.

**Herr Huber** erklärt, bei Verbauung der 1.895 qm + 500 qm für die Altenpflege ergäbe sich ein Baugesamtkostenbetrag in Höhe von 9,5 Mio € (Hochrechnung); hiervon würde dann noch der Förderbetrag in Höhe von ca. 1,7 Mio € (genehmigtes Raumprogramm x Kostenpauschale) in Abzug gebracht werden.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass die 500 qm für die Altenpflege nach derzeitigem Stand nicht gefördert würden. Diese müssten anhand des Mietpreises kapitalisiert werden. Dies wurde auch so mit der Generaloberin besprochen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen hierzu ergeben, verliest der Vorsitzende folgenden **Beschlussvorschlag**:

#### **BauEn/0172-14**

1. Das überarbeitete Raumprogramm für die Berufsfachschule Krankenpflege und Krankenpflegehilfe vom 10.01.2014 soll bei einer förderfähigen Fläche von 1.415,00 m<sup>2</sup> mit 1.895,00 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche genehmigt werden.
2. Die Berufsfachschule für Altenpflege soll mit grundsätzlich 500 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

3. **Schulen des Landkreises;  
Anne-Frank-Gymnasium Erding;  
Umgestaltung des Biologiebereiches  
Vorlage: 2014/1473**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass am Anne-Frank-Gymnasium Erding dieses Jahr der Biologiebereich umgestaltet werden soll. Im Vermögenshaushalt sind dafür 690.000,00 € bereitgestellt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Das Architekturbüro Stadtmüller/Burkhardt/Graf wurde mit der Entwurfsplanung (Lph 1 – 3) beauftragt und hat nach Beratungen mit der Schulleitung einen Entwurf und die zugehörige Kostenberechnung erstellt.

Der Entwurf sieht vor, dass 3 kombinierte Lehr- und Übungssäle für Natur/Technik (NuT) und Biologie sowie 2 Räume für die Vorbereitung/Sammlung (Biologie und NuT) errichtet werden.

Die Inneneinrichtung dieser Räume einschließlich der Möblierung wird weitgehend erneuert. Brauchbare Gegenstände werden an der Schule weiterverwendet. Die Kosten belaufen sich gemäß Kostenberechnung inkl. Honorare auf ca. 629.000,00 €. Der Ausführungsstandard ist an den ebenfalls vom Büro Stadtmüller/Burkhardt/Graf geplanten und im Jahr 2011 sanierten Physikbereich angepasst.

Bezüglich der Förderung für die geplante Maßnahme wurde bei der Regierung von Oberbayern bereits ein Antrag auf eine schulaufsichtliche Genehmigung gestellt.

Herr Burkhardt wird die Planung vorstellen und erläutern.

**Herr Burkhardt** berichtet, dass der Physikbereich vor zwei Jahren umgestaltet worden sei. Aufgrund des neuen Lehrbereichs „Natur und Technik (NuT)“ soll nun der Biobereich neu aufgebaut werden. Es handele sich hierbei um eine Kombination aus Lehr- und Übungsräumen. In diesen Räumen wird das gleiche Deckensystem wie in den Physikbereichen (insgesamt 3 Räume) angebracht.

**Herr Huber** ergänzt, dass die Räume grundsätzlich so ausgestattet werden sollen, damit beide Lehrbereiche (Biologie und NuT) dort unterrichtet werden können. Die schulaufsichtliche Genehmigung hierfür sei am gestrigen Tage eingegangen, so dass Fördermittel für die Maßnahme in Aussicht gestellt wurden. Im Haushalt sind hierfür 690.000,00 € eingestellt worden; die tatsächlichen Kosten belaufen sich auf ca. 630.000,00 € - inkl. aller Nebenkosten.

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.

#### **BauEn/0173-14**

1. Der vorgestellten Planung für die Umgestaltung des Biologiebereiches wird zugestimmt.
2. Der Landrat wird ermächtigt die Aufträge für Ausstattung/Möblierung und Elektro an den wirtschaftlich günstigsten Bieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



**4. Schulen des Landkreises;  
Katharina-Fischer-Schule Erding;  
Umbau und Erweiterung - Einsparpotentiale  
Vorlage: 2014/1471**

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie vom 11.11.2013 die Gesamtkosten für den Umbau und die Erweiterung der Katharina-Fischer-Schule voraussichtlich auf 1,84 Mio € gemäß damaliger Kostenverfolgung vorgestellt wurden.

Die Gründe für die Kostenmehrung im Vergleich zur Kostenberechnung (ca. 14 %) vom Januar 2013 wurden im Ausschuss für Bauen und Energie am 11.11.2013 durch das Ingenieurbüro Sehlhoff GmbH genannt und erläutert.

Am 19.12.2013 fand das offizielle Richtfest statt. Das Dach des Erweiterungsbaus war provisorisch abgedichtet und die Fenster waren bereits zum Teil eingebaut.

Die Gerüstarbeiten und die Montage der restlichen Fensterelemente sind für Anfang Februar 2014 geplant.

Aufgrund der Kostenentwicklung wurden das Ingenieurbüro Sehlhoff GmbH und die Fachingenieure aufgefordert mögliche Einsparpotentiale hinsichtlich der Ausführungsstandards zu überprüfen und zu ermitteln. Die Summe der geschätzten Einsparungen, die durch das Ingenieurbüro Sehlhoff GmbH ermittelt wurden, beläuft sich insgesamt auf ca. 71.601,50 €

Er bittet Herrn Petzold um genaue Vorstellung der einzelnen Posten.

**Herr Petzold** listet die entsprechenden Positionen auf, die den derzeitigen Bau optimieren könnten bzw. bei denen Einsparpotentiale vorhanden seien. Es handelt sich hierbei um Bruttopreise.

01) Entfall der Stahlaußentreppe mit Gitterrostbühne aufgrund Änderung der Fluchtwegführung

Einsparung 18.500,00 €

02) Änderung der Fluchttür in ein Fensterelement ebenfalls aufgrund Änderung der Fluchtwegführung

Einsparung 1.200,00 €

03) Fassadendämmung in größeren Flächen in EPS-Material anstatt vollflächig Mineralwolle. Brandstreifen um die Fenster bleiben bestehen.

Einsparung 1.785,00 €

04) Dispersionsfarbe in sämtlichen Räumen an Stelle von Latexfarbe

Einsparung 1.000,00 €

05) Günstigere Tondachziegel für die Dacheindeckung des Erweiterungsbaus

Einsparung 750,00 €



06) Verzicht auf farbige Flächen im gesamten Erweiterungsbau  
Einsparung 860,00 €

07) Einsparungen in den Außenanlagen durch großflächige Herstellung  
von Rasenflächen und günstigeren Plattenbelag  
Einsparung 27.500,00 €

**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

08) Günstigere Zwischendecke (herausnehmbare Elemente) im gesam-  
ten Erweiterungsbau (vergleiche Umbau Verwaltung)  
Einsparung 1.500,00 €

Büro des Landrats  
BL

09) Verzicht auf Faltwand im Obergeschoss  
Einsparung 6.400,00 €

10) Niedrigerer Ausstattungsstandard und Wiederverwendung von Be-  
standsmöbeln  
Einsparung 5.000,00 €

11) Entfall der Mediensäulen Klassenzimmer  
Einsparung 4.046,00 €

12) Entfall Bodentank Mensa  
Einsparung 892,50 €

13) Günstigere Ausführung Außenbeleuchtung  
Einsparung 405,00 €

14) Steuerung der elektrischen Sonnenschutzanlage über firmenspezifi-  
sche Steuerung  
Einsparung 1.430,00 €

15) Entfall Bewegungs-/Dämmerungsschalter Außenbeleuchtung  
Einsparung 333,00 €

**Der Vorsitzende** schlägt vor, die Maßnahmen 9, 10 und 15 doch umzu-  
setzen. Bei der Position 9 lege die Schulleitung großen Wert darauf, diese  
Räume zu teilen, aber auch gemeinsam nutzen zu können. Dies ist nur  
anhand flexibler Trennsysteme möglich.

Zu Punkt 10 ist anzumerken, dass die Bestandsmöbel im Lager für eine  
evtl. weitere Nutzung aufbewahrt werden sollen.

Der Bewegungs- und Dämmerungsschalter sollte in der Aussenbeleuch-  
tung angebracht werden.

**Kreisrat Heilmeier** äußert zu Position 3, dass hier vollflächig (ca. 600  
qm) Mineralwolle verwendet werden soll, da es sich schlichtweg um das  
bessere und strapazierfähigere Material handle. Dies würde sich seiner  
Ansicht nach auch langfristig bemerkbar machen und evtl. Rissen in der  
Fassade vorbeugen.



Für den Decken- und Wandanstrich in den Klassenzimmern würde er von Latex abraten. Eine Strapazierfähigkeit oder optische Verschönerung (glänzend) muss hier nicht gegeben sein.

**Kreisrat Kuhn** meint, dass bei Austausch der Latexfarbe mit Dispersionsfarbe die Einsparung in ein paar Jahren wieder aufgehoben werde.

Zu den Tondachziegeln würde ihn interessieren, ob die optische Verbindung zum Bestand gegeben sei.

**Herr Petzold** erwidert, das günstigere Fabrikat (Allegra) passe sowohl form- als auch farbtechnisch zum Bestandsbau.

**Der Vorsitzende** berichtet, das Ingenieurbüro Süsse & Kinze sei ebenfalls aufgefordert worden, mögliche Einsparpotentiale hinsichtlich der Haustechnik (Heizung, Lüftung, Sanitär) zu überprüfen und zu ermitteln.

Er bittet deshalb Herrn Kinze um kurze Erläuterung.

**Herr Kinze** berichtet, für die Lüftungsanlage im UG - BLO-Raum – könnte statt des Düsenrohrauslasses DN 200 ein Rundrohr DN 315 mit 2 Stück Weitwurfgitter eingesetzt werden

Einsparung 200,00 €

In den Räumen der Ganztagsbetreuung ist ebenso denkbar, dass statt den Düsenrohren (mit Außendurchmesser 200mm) Spirorohre DN 315 mit Weitwurfgittern eingesetzt werden

Einsparung 200,00 €

Im Bereich der Sanitären Anlage statt der ausgeschriebenen Ausgussanlagen aus Keramik (strapazierfähig und dauerhaft) Ausgussanlagen aus Stahl oder Kunststoff

Einsparung 570,00 €

Im Bereich der Abwasserführung für die Küche an Stelle des fettwasserbeständigen KML-Rohres herkömmliches SML-Gussrohr

Einsparung 1.950,00 €

**Der Vorsitzende** weist noch darauf hin, dass gemäß den Anmerkungen des Ingenieurbüro Süsse & Kinze zu beachten sei, dass falls bei der Lüftung statt der vorgesehenen Düsenrohre Standard-Spirorohre mit Weitwurfgittern zum Einsatz kommen, dies optisch nicht gleichwertig sei, da größere Leitungsdurchmesser notwendig werden, die dann nicht auf die parallel verlegten Abluftrohre abgestimmt sind. Sollten diese ebenso angepasst werden sollen, würde sich die Einsparung damit wieder aufheben.

Sollten statt der Keramik-Ausgussanlagen, Blech- oder Kunststoff-Ausgussanlagen vorgesehen werden, weist das Ingenieurbüro Süsse & Kinze darauf hin, dass damit zu rechnen ist, dass diese wesentlich schneller und öfter ausgetauscht werden müssen, da die Reinigung deutlich schlechter vorzunehmen ist.

Sollte das fettbeständige Abwasserrohr gegen Standard-SML-Gussrohr ersetzt werden, so ist damit zu rechnen, dass die Rohrleitungen ca. 5-10 Jahre früher erneuert werden müssen (durchschnittliche Lebensdauer ca. 30 Jahre).

Die Summe der geschätzten Einsparungen, die durch das Ingenieurbüro Süsse & Kinze ermittelt wurden, beläuft sich insgesamt auf ca. 2.920,00 €

Nachdem sich hierzu keine weiteren Wortmeldungen ergeben, verliert der Vorsitzende folgenden **Beschluss**vorschlag:



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### **BauEn/0174-12**

1. Die vom Ingenieurbüro Sehlhoff vorgeschlagenen Einsparungen sollen bis auf die Punkte 3, 4, 9, 10 und 15 umgesetzt werden.
2. Das KML-Rohr soll durch ein SML-Gussrohr ersetzt werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

### **5. Bekanntgaben und Anfragen**

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

**Der Vorsitzende** beschließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Nicole Birnbeck  
Verwaltungsangestellte